

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Umwelt,
Naturschutz u. Reaktorsicherheit

Ausschussdrucksache
17(16)273-E

Öffentliche Anhörung - 08.06.2011

07.06.2011

bdew

Energie. Wasser. Leben.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Stellungnahme

Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des AtomG

Berlin, 7. Juni 2011



1 Ausgangslage

Die Reaktorkatastrophe in Fukushima hat die energiepolitische Debatte in Deutschland nachhaltig verändert. Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien haben seitdem eine Neu-Bewertung der Kernenergie-Risiken vorgenommen.

Bei einer engeren Betrachtung stellt man zwar fest, dass sich das Risiko des Betriebes eines Kernkraftwerkes in Deutschland nach dem Unglück in Japan nicht verändert hat. Die Kernkraftwerke in Deutschland sind so sicher, wie sie es auch vorher waren.

Was sich aber sehr wohl verändert hat, ist die Bewertung der Restrisiken. Es steht Gesellschaft und Politik selbstverständlich zu, Risiken auf der Grundlage bestimmter Ereignisse neu zu sortieren und in ihrer Priorität neu abzuwägen. Entsprechend bewertet auch die Bundesregierung die Kernenergie seit dem Unglück in Fukushima als nicht mehr hinreichend gesellschaftlich akzeptierte Technologie und wird mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis zum Jahr 2022 umsetzen.

Zu einer offenen und ehrlichen Neubewertung gehört es jedoch auch, die Konsequenzen aus einer solchen Neuorientierung nüchtern zu analysieren bevor Fakten geschaffen werden. Denn eines ist klar: wenn an einer Stelle eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen wird, um einen Risikofaktor zu minimieren, dann hat das auch Auswirkungen auf weitere Bereiche der Energieversorgung und führt unter Umständen dazu, dass sich an anderer Stelle Risikofaktoren verschärfen. Dies gilt es bei der Umsetzung der „Energiewende“ zu berücksichtigen.

So richtig es aus Sicht des BDEW im vergangenen Jahr war, mit Blick auf die Versorgungssicherheit in Deutschland, die Wirtschaftlichkeit und den Klimaschutz eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke politisch umzusetzen, so richtig war es jetzt, nach der Analyse der Ereignisse in Japan, eine neue Sicherheits- und Risikoüberprüfung der Kernkraftwerke in Deutschland vorzunehmen. Der BDEW hat in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt.

Die im BDEW organisierte deutsche Energiewirtschaft hat die Ereignisse, deren Ausgangspunkt die Reaktorkatastrophe in Fukushima war, ebenfalls als Zäsur gewertet und sich in seinem Vorstandsbeschluss vom 8. April 2011 für den schnellen und vollständigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung - bei Sicherstellung von Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit - bis 2020, spätestens aber entsprechend den Vorgaben des Ausstiegsbeschlusses von 2002 (2022-2023) ausgesprochen. Für den BDEW steht neben der Sicherstellung der genannten Rahmenbedingungen auch die Notwendigkeit im Vordergrund, zu einem möglichst umfassenden Konsens zu den grundlegenden Zielen in der Energiepolitik Deutschlands zu kommen. Nur so lässt sich Rechts- und Planungssicherheit gewährleisten, die für den Umbau der Energieversorgung unbedingt erforderlich sind. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass sich sowohl die Bundesregierung, als auch die Länder nun offensichtlich für eine gemeinsame Realisierung des Kernenergie-Ausstiegs entschieden haben. Die Energiewirtschaft bietet wie bisher ihre Sachkompetenz und ihre Erfahrung an, um mit ihrer wirt-

schaftlichen Leistungsfähigkeit eine beschleunigte Umsetzung der Energiewende mit zu gestalten.

2 Der beschleunigte Ausstieg braucht Verlässlichkeit

Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergienutzung muss mit Augenmaß erfolgen, d.h. es darf aus Sicht der Energiewirtschaft keine Kompromisse geben bei der Versorgungssicherheit in unserem Land. Deutschland hat eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt. Sowohl für Verbraucher, als auch für die Industrie – also für die gesamte Volkswirtschaft - ist sie ein unverzichtbares Gut. Sie ist Garant für wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze. Dieses Gut darf durch einen beschleunigten Umbau des Energieversorgungssystems auf keinen Fall gefährdet werden. Die Folgeschäden wären immens. Der BDEW ist der Ansicht, dass die Hinweise der für die Versorgungssicherheit zuständigen Netzbetreiber und auch der BNetzA nicht ausreichend Berücksichtigung in der Debatte der vergangenen Wochen gefunden haben und mahnt hier angesichts der gegenwärtigen Situation zu einer erhöhten Aufmerksamkeit.

Gleiches gilt für das Thema Wirtschaftlichkeit. Auch hier bedarf es eines offenen und ehrlichen Umgangs mit den Folgewirkungen eines Kernenergie-Ausstiegs. Bei einem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergienutzung in Verbindung mit einem beschleunigten Umbau der Energieversorgung wird es zwangsläufig Auswirkungen auf die Strompreise geben. Zur Ehrlichkeit gehört nun, dass diese Konsequenz von allen handelnden Akteuren offen angesprochen wird.

Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergienutzung wird auch Auswirkungen auf die Klimabilanz in Deutschland haben. Das Einhalten der klimapolitischen Ziele wird in jeglicher Hinsicht anspruchsvoller. Dennoch macht sich der BDEW dafür stark, dass bei den Zielen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen an den bestehenden Vorgaben festgehalten wird.

Und schließlich ist die „Energiewende“ nicht von heute auf morgen realisierbar. Wir brauchen noch einige Jahrzehnte lang konventionelle Kraftwerke, um die Systemstabilität aufrecht zu erhalten, und Speichertechnologien, um die Stromversorgung auch in windschwachen und sonnenarmen Zeiten sicher zu stellen. Bei dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung muss daher eine Verlässlichkeit gewährleistet werden, die für die Mitgliedsunternehmen des BDEW eine ausreichende Investitionssicherheit – beispielsweise durch klar definierte Ausstiegsdaten für die einzelnen Kernkraftwerke – bietet.

3 Wir brauchen einen energiepolitischen Konsens

Das Ergebnis der intensiven Debatte der vergangenen Wochen bietet die Chance, eine neue belastbare Grundlage für den angestrebten nachhaltigen Umbau der Energieversorgung zu schaffen. Dies ist auch erforderlich, um den Unternehmen dauerhaft verlässliche Koordinaten für Planungen und Investitionen zu bieten.

Der BDEW ist zudem davon überzeugt, dass dieser Umbau nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Politik über eine transparente Ziele-Debatte einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens über die Zukunft der Energieversorgung herstellt und alle Entscheidungsträger zu aktivem Handeln motiviert. Es reicht nicht, zu sagen, was man alles nicht will. Die notwendige Abwägung der Ziele und Möglichkeiten bedarf im Einzelfall immer wieder der Akzeptanz für die notwendigen Schritte und Maßnahmen bei den Betroffenen. Wir ermutigen daher die Bundesregierung ausdrücklich, diesen Prozess kurzfristig zu starten und entschieden zu verfolgen. Dazu gehört auch ein strukturierter Dialog mit der Energiewirtschaft und anderen betroffenen Akteuren der Zivilgesellschaft. Wir erwarten von der Bundesregierung und den Bundesländern, diese bislang verpasste Chance nun aufzugreifen, um dringliche Fragen umfassend und ohne Denkblockaden zu adressieren und Lösungen voran zu treiben. Die im BDEW organisierte Energiewirtschaft in Deutschland steht dafür mit ihrer Expertise bereit.

Das erst kürzlich vorgelegte Energiekonzept der Bundesregierung muss angesichts dieser Entwicklungen überarbeitet werden. Neben der Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien werden die fossilen Energieträger Erdgas und Kohle noch auf längere Sicht die tragenden Säulen einer zuverlässigen und wirtschaftlichen Energieversorgung sein. Diese Rolle blieb im bisherigen Energiekonzept weitgehend unberücksichtigt. Das gilt auch für den notwendigen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme. Bei einem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie erlangen die genannten Energieträger für die zukünftige Energieversorgung eine neue Bedeutung. Beim Übergang zu einer vor allem auf Erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung kommt es daher umso mehr auf konsequente Unterstützung der benötigten Kraftwerkskapazitäten an.

In diesem Zusammenhang muss die strategisch entscheidende Rolle des Erdgases und der Kohle sowie der Kraft-Wärme-Kopplung bzw. der Fernwärme besonders hervorgehoben werden. Das Energiekonzept wurde bislang auch der notwendigen dynamischen Betrachtung des Umbaus der Energieversorgung nicht gerecht und berücksichtigt nur unzureichend die Tatsache, dass hier ein über viele Jahre laufender Prozess sachgerecht auszugestalten ist. Dabei besteht eine zentrale Herausforderung in der Integration der verschiedenen Erzeugungsarten in die Netze und einer Betrachtung des komplexen Zusammenspiels zur Sicherung der Stabilität des Systems im Verlaufe des Übergangs hin zu einer möglichst CO₂-armen Energieversorgung bis 2050. Neben dem Klimaschutz muss diese im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks zudem eine ausreichende Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleisten. Dies auf Grundlage des energie- und ordnungspolitischen Rahmens sicherzustellen ist für die im BDEW organisierten Unternehmen der Energiewirtschaft eine zentrale Aufgabe. Treiber für diese Entwicklungen muss ein Marktmodell sein, das sowohl den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien in ökonomisch optimierter Struktur fördert als auch den Ausbau der Netze und die Möglichkeit für einen technisch-wirtschaftlichen Betrieb der Ersatz und Regelkraftwerke gewährleistet sowie die Chancen für Innovationen nutzt.

Den Beschluss des BDEW sich für einen schnellen und vollständigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis zum Jahr 2020, spätestens aber entsprechend den Vorgaben des Ausstiegsbeschlusses von 2002, also bis zum Jahr 2022-23, auszusprechen – bei Sicherstellung von Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit der Energieversorgung – soll

auch als Angebot an Politik und Gesellschaft verstanden werden, nun zu einem neuen Energiekonsens zu kommen. Was unsere Unternehmen brauchen und was der Umbau der Energieversorgung in Deutschland insgesamt braucht ist Rechts- und Planungssicherheit, faire wettbewerbliche Rahmenbedingungen und Akteure, die komplizierten Fragestellungen nicht aus dem Weg gehen, sondern sich kooperativ den Herausforderungen stellen.

4 Zielkonflikte müssen offen thematisiert werden

Der BDEW ist überzeugt davon, dass es nun gilt den Menschen ehrlich zu sagen, welche Herausforderungen mit einer beschleunigten Energiewende auf sie zu kommen. Die energiepolitische Debatte der vergangenen Monate war im Wesentlichen von der Frage geprägt, welche Rolle die Kernenergie beim Umbau der Energieversorgung übernehmen soll. Doch die Dimension ist längst eine andere. Es geht um den Umbau der Energieversorgung in einer der größten Industrienationen der Welt. Wir müssen uns bewusst sein über die Größe der Veränderung und auch über die damit verbundenen Konsequenzen offen sprechen. Der Umbau der Energieversorgung birgt Chancen, wird aber auch Belastungen mit sich bringen. Für die Bürgerinnen und Bürger genauso wie für die Industrie und damit für das Fundament der Arbeitsplätze in Deutschland. Wir brauchen eine Klärung darüber, wie wir diese Belastungen so gering wie möglich halten können und wie sie verteilt werden sollen. Konkrete Berechnungen, um wie viel Euro und Cent die Stromrechnung der Deutschen genau steigen werden, sind jetzt noch nicht durchführbar. Dafür fehlen bisher die politischen Rahmenbedingungen. Neben den Kosten der Energiewende steht aber fest: Wir werden Kapitalinvestoren, Energieunternehmen und Bürger für erhebliche Investments gewinnen müssen. Und jeder dieser Gruppen müssen wir Argumente bieten. Investitionen müssen sich rechnen, und die Verbraucher müssen wissen, was auf Sie zu kommt.

Der BDEW macht sich stark dafür, Zielkonflikte, die es beim Umbau der Energieversorgung geben wird, offen anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist Klimaschutz versus Naturschutz. Für die Erreichung unserer klimapolitischen Ziele werden erhebliche Infrastrukturmaßnahmen notwendig sein. Viele Umbaumaßnahmen brauchen deswegen so lange, weil dem konkreten klimapolitisch sinnvollen Projekt vor Ort Naturschutzinteressen entgegenstehen. Hier geht viel Zeit verloren und es bedarf einer größeren Bereitschaft, diese Konflikte zu erkennen und so gut es geht Lösungen herbei zu führen.

Die aktuelle energiepolitische Debatte hat dazu geführt, dass zum ersten Mal seit langer Zeit wieder über die Notwendigkeit von konventionellen Kraftwerken, also Gas- und Kohlekraftwerken, gesprochen wird. Das begrüßt der BDEW ausdrücklich. Denn es hilft nicht weiter, wenn Politik und Gesellschaft diese in den kommenden Jahrzehnten noch immens wichtigen Stütze der Energieversorgung ausblenden. Wer Versorgungssicherheit will, muss sich auch in Bezug auf konventionelle Ergänzungskraftwerke ehrlich machen. Aber das bedeutet auch, dass der Ausstieg aus der Kernenergie erhöhte CO₂-Emissionen mit sich bringen wird. Wegen des EU-Emissionshandels mit seinem festgelegten Deckel führt das zwar auf europäischer Ebene nicht unbedingt zu höheren Emissionen, wohl aber in Deutschland. Zudem führt

er zwangsläufig zu einem höheren Preis für die Zertifikate. Bei den politischen Entscheidungen der kommenden Wochen darf das nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben.

5 Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie erfordert eine höhere Akzeptanz für die Ersatzinvestitionen

Wer die Energiewende will, muss Akzeptanz, für die dafür notwendigen Maßnahmen schaffen. Vor Ort fehlt diese Akzeptanz häufig. Egal ob es um Windkraftanlagen, Netzausbau, Pumpspeicherkraftwerke, Biogasanlagen oder Ähnlichem geht. Die Sorgen der Menschen vor Ort bei diesen Projekten sind oftmals nicht geringer als die Sorgen beim Ausbau von konventionellen Kraftwerken. Gleiches gilt für die Vehemenz mit der die Projekte bekämpft werden. Der BDEW ist überzeugt davon, dass wir gerade bei dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie mehr Akzeptanz schaffen müssen für kommende und dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland.

Der BDEW ist überzeugt davon, dass Energiepolitik hier die Chance hat, Dinge aufzubrechen und vielleicht sogar beispielhaft auch für andere Branchen Wirkung zu entfalten. Über die energie- und klimapolitischen Ziele gibt es in Deutschland eine weitgehende Einigkeit. Alle Akteure werden Maximalpositionen aufgeben müssen, wenn wir schneller vorankommen wollen. Dafür benötigen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Richtung und die wesentlichen Ziele. Wir brauchen klare politische Rahmenbedingungen – möglichst einheitlich in Bund, Ländern und Kommunen. Der BDEW appelliert an die Politik, dafür zu sorgen, dass Wege gefunden werden, die dazu beitragen, dass sie:

1. Zur Beschleunigung der Verfahren beitragen,
2. Zur Vereinfachung von Verfahren beitragen,
3. für eine bessere und klügere Form der Bürgerbeteiligung sorgen,
4. die Rechtssicherheit der Unternehmen stärken

Anhand dieser vier Grundsätze hat der BDEW bereits konkrete Vorschläge erarbeitet und wird diese in die Diskussion mit einbringen.

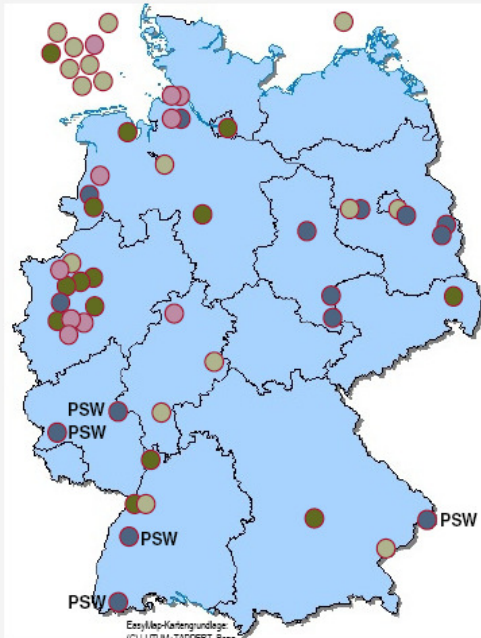
Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie wie er im 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes festgeschrieben werden soll bietet bei allen Herausforderungen auch die Gelegenheit einen echten, tragfähigen Konsens über die Grundzüge unserer zukünftigen Energieversorgung zu erzielen. Der BDEW begrüßt, dass sich in diesen Tagen eben dieser Konsens zwischen der Bundesregierung, den Ländern und der Opposition herauszubilden scheint. Das ist eine wichtige Voraussetzung, denn kaum ein Thema ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von derartiger Wichtigkeit wie die Energiepolitik. Sie ist Rückgrat für das wirtschaftliche Wohlergehen, für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Im Rahmen des Moratoriums der Bundesregierung wurden eine ganze Reihe von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, die für die Rahmenbedingungen des Umbaus der Energieversorgung erhebliche Bedeutung haben. Der BDEW hat zu diesen Vorhaben jeweils Stellung bezogen und wird auch den weiteren Prozess konstruktiv begleiten.

Ansprechpartner:

Andreas Kuhlmann
Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik
Telefon: +49 30 300199-1090
andreas.kuhlmann@bdew.de

Im Bau befindliche und geplante Kraftwerke (>100 MW_{el}): Standorte und Status



- **Im Bau befindliche Anlagen**
 14 Anlagen (>100MW) mit 12.350 MW
- **Genehmigung erteilt oder Vorbescheid erteilt**
 15 Anlagen (>100 MW) mit 6.871 MW
- **Im Genehmigungsverfahren**
 11 Anlagen (>100 MW) mit 8.746 MW
- **In Planung/wird geprüft**
 15 Anlagen (>100 MW) mit 10.690 MW

Quellen: Pressemeldungen; Unternehmensangaben
 (Stand: 01.05.2011)

Netto-Zuwachs der installierten Kraftwerks- kapazität in Deutschland (Anlagen >20 MW_{el})

